

Pressemitteilung

Die Würde des Menschen ist antastbar: CLAIM startet bundesweite Kampagne und fordert Umdenken im Umgang mit antimuslimischem Rassismus

Berlin, 17. Juni 2024 – Antimuslimischer Rassismus ist heute salonfähiger denn je. Unter dem Titel „Hinschauen und Handeln“ startet CLAIM heute eine bundesweite Kampagne gegen antimuslimischen Rassismus. Allein 1.464 antimuslimische / islamfeindliche Straftaten wurden 2023 offiziell erfasst. Das ist ein Anstieg um 140 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, wobei von einem großen Dunkelfeld auszugehen ist. Die Kampagne ist Teil der Aktionswochen gegen antimuslimischen Rassismus (17. Juni – 1. Juli 2024) und zielt auf ein Umdenken im Umgang mit antimuslimischem Rassismus.

*„Die tagtägliche Normalisierung und Akzeptanz von antimuslimischer Gewalt, von Hass und Diskriminierungen bedeutet, dass die Würde vieler Menschen in diesem Land, im selben Jahr, in dem wir das 75. Jubiläum des Grundgesetzes feiern, sehr wohl sehr antastbar geworden ist. Die Bedrohungslage und die Ausgrenzung von Muslim*innen und Menschen, die als muslimisch wahrgenommen werden, ist drastischer denn je“,* sagt Rima Hanano, Leitung von CLAIM. *„Wir ringen seit Jahren um die gesellschaftliche und politische Anerkennung von antimuslimischem Rassismus und seinen Folgen. Die Tatsache, dass der alarmierende Anstieg islamfeindlicher Straftaten im Jahr 2023 noch nicht einmal Erwähnung in der offiziellen Berichterstattung gefunden hat, ist für uns auch ein Zeichen, dass hier die Augen vor einem gesamtgesellschaftlichen Problem verschlossen und Betroffene allein gelassen werden.“* Die Bundesregierung müsse ihren Verpflichtungen im Kampf gegen antimuslimischen Rassismus endlich nachkommen, und auch die Gesellschaft ist gefordert. *„Die Kampagne ist ein Weckruf an alle, endlich hinzuschauen und nicht mehr wegzusehen. Für die Grundrechte und die Menschenwürde aller Menschen einzutreten muss für uns alle selbstverständlich sein“,* ergänzt Rima Hanano.

Namhafte Personen aus Politik, Medien und Kultur wie Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend **Lisa Paus**, Staatsministerin **Reem Alabali-Radovan** (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration und zugleich die Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus), Staatsministerin **Claudia Roth** (Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien), **Ferda Ataman** (Unabhängige Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung), **Katarina Niewiedzial** (Beauftragte des Berliner Senats für Partizipation, Integration und Migration), **Prof. Dr. Meron Mendel** (Direktor Bildungsstätte Anne Frank), **Gonca Türkeli-Dehnert** (Staatssekretärin im Ministerium für Kultur und Wissenschaft, NRW), **Celia Šašić** (DFB-Vizepräsidentin für Gleichstellung und Diversität, Botschafterin EM 2024), **Prof. Dr. Karim Fereidooni** (Ruhr-Universität Bochum), **Omid Nouripour** (Bundesvorsitzender, Bündnis 90 / Die Grünen), **Michel Abdollahi** (Autor und Moderator), **Sawsan Chebli** (SPD-Politikerin, Autorin, Staatssekretärin a.D.), **Cansel Kiziltepe** (MdB, Senatorin für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung), **Shai Hoffmann** (Sozialunternehmer und Aktivist), **Filiz Polat** (MdB, Bündnis 90 / Die Grünen), **Orkan Özdemir** (MdA, SPD Berlin), **Lamya Kaddor** (MdB, Bündnis 90 / Die Grünen), **Shermin Langhoff** (Intendantin des Maxim-Gorki-Theaters) und viele weitere sind Teil der

Aktionswochen. Unterstützt werden die Aktionswochen und die Kampagne vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“.

Dass antimuslimischer Rassismus mehr als Gewalt und Hetze ist, sondern ein strukturelles Problem, welches Auswirkungen auf die gesellschaftliche Teilhabe von Betroffenen hat, belegen aktuelle Studien: Alltäglich ist, dass Menschen aus rassistischen Gründen einen Job oder eine Wohnung nicht erhalten oder Kinder im Schulalltag diskriminiert werden. Nicht nur islamfeindliche Straftaten verzeichnen 2024 einen traurigen Rekordwert. Gemäß einer aktuellen Studie der Bertelsmann Stiftung (2023) erfahren 72 Prozent der Muslim*innen in Deutschland rassistische Diskriminierung und gehören zu einer der am stärksten benachteiligten Gruppen in Deutschland. Die DeZIM-Studie „Grenzen und Gleichheit: Rassismus und Armutsgefährdung“ (2023) zeigt: Muslimische Menschen sind aufgrund struktureller Benachteiligungen am stärksten von Armut betroffen.

Hinweis: Am 24. Juni 2024 veröffentlicht CLAIM das zweite bundesweite zivilgesellschaftliche Lagebild anti-muslimischer Rassismus mit Fallzahlen zu antimuslimischen Übergriffen und Diskriminierungen für das Jahr 2023. Zum Lagebild mit Fallzahlen 2022: [DOWNLOAD](#).

Die Aktionswochen gegen antimuslimischen Rassismus: Die Aktionswochen gegen antimuslimischen Rassismus finden statt vom 17. Juni bis zum 1. Juli 2024 – dem Tag gegen antimuslimischen Rassismus. Am 1. Juli 2009 wurde die Pharmazeutin Marwa El-Sherbini aus antimuslimischen und rassistischen Gründen im Dresdner Landgericht ermordet. Der Mord wurde auch international zur Zäsur dafür, welche Folgen antimuslimischer Rassismus haben kann. Die Aktionswochen werden seit 2018 von CLAIM initiiert und koordiniert. Dahinter steht ein breites, wachsendes zivilgesellschaftliches Bündnis. Wir positionieren uns weder parteipolitisch noch theologisch, sondern wenden uns gemeinsam entschieden gegen Rassismus, Antisemitismus und jegliche Formen von Hass. Mehr Informationen zu den Aktionswochen und zum Tag gegen antimuslimischen Rassismus unter www.allianzgegenhass.de

Über CLAIM: CLAIM vereint und vernetzt aktuell 51 muslimische und nichtmuslimische Akteure der Zivilgesellschaft und bildet eine breite gesellschaftliche Allianz gegen antimuslimischen Rassismus, Islam- und Muslimfeindlichkeit. CLAIM wird getragen von TeilsEiend e. V., gefördert u. a. vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und durch die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration und zugleich die Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus. Seit 2020 ist CLAIM Partner im Kompetenznetzwerk Islam- und Muslimfeindlichkeit. Weitere Informationen zu CLAIM unter www.claim-allianz.de.



Pressebilder stellen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Für Presseanfragen wenden Sie sich gerne an:

CLAIM – Allianz gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit
Barbara Singh | Kommunikation
presse@claim-allianz.de
Friedrichstraße 206 | D- 10969 Berlin
T +49 30 2887 4567-7

*Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung.*

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**